

Spielverderber aus Dublin

von Daniela Schwarzer

Das Nein der Iren zum Lissabonvertrag bremst Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy aus. Damit dürften wichtige Projekte während seines EU-Ratsvorsitzes kaum voran kommen.

Der Dublinbesuch des französischen Präsidenten Anfang der Woche hat gezeigt: Das irische Nein zum EU-Reformvertrag von Lissabon ist für Frankreichs EU-Ratsvorsitz eine größere Hypothek, als Nicolas Sarkozy bislang eingeräumt hat. Als Erfolg wurde bereits gefeiert, dass es geglückt ist, auf dem Treffen den Schaden zu begrenzen, den Sarkozy in der Woche zuvor durch Äußerungen über ein zweites irisches Referendum angerichtet hatte. Nun beteuerte Sarkozy, er werde Irland nicht unter Druck setzen. Auch eine weitere Volksabstimmung sei noch nicht ausgemacht.

Vom ursprünglichen Ziel, beim Europäischen Rat im Oktober 2008 eine Lösung zu finden und den neuen Vertrag noch vor der Europawahl im Juni 2009 umzusetzen, musste Sarkozy längst abweichen. Die irische Regierung will beim Rat im Herbst wohl zunächst nur einen Zwischenbericht über die Gründe des Nein und mögliche Auswege vorlegen. Damit bleibt im besten Fall der Abschlussgipfel der französischen Ratspräsidentschaft Mitte Dezember, um die Blockade aufzulösen. Ob dann, wie Sarkozy fordert, spätestens zur Europawahl ein EU-Vertrag ratifiziert wird, ist heute noch nicht absehbar.

Die Folgen des irischen Nein werden Frankreichs Ratspräsidentschaft also bis zum Ende belasten. Obwohl Sarkozy Ergebnisoffenheit signalisiert, ist das einzig wahrscheinliche Szenario, dass Irland den Vertrag mit einer Erklärung oder einem Protokoll versehen erneut zur Volksabstimmung vorlegt - wenn die EU nicht auf der Grundlage des überkommenen Nizzavertrags weiterarbeiten soll. Das Bekenntnis der EU-Staaten zur Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses ist überaus deutlich. Der Vorstoß, den Lissabon-Vertrag aufzuschnüren und Teile neu zu verhandeln, fände dagegen wenig Zustimmung.

Wie reizbar die Stimmung in Irland ist, haben die Aufregung in der Öffentlichkeit und die Äußerungen irischer Regierungsmitglieder über Sarkozys Aussagen im Vorfeld seines Besuchs verdeutlicht. Zudem kann die irische Regierung angesichts der hohen Wahlbeteiligung von 53,4 Prozent nicht davon ausgehen, dass sie ein zweites Referendum gewinnt. Die Nein-Front ist - anders als in Frankreich oder den Niederlanden nach den Referenden zum Verfassungsvertrag 2005 - nicht zerbröckelt. Sie präsentiert sich wortgewaltig und kampfeslustig.

Ein zweiter Unterschied zwischen der Verfassungskrise und heute: Auf dem EU-Gipfel im Juni 2007 konnte der frisch ins Amt gewählte Sarkozy zustimmen, die Kerninhalte des Verfassungsvertrags in einen Reformvertrag herüberzuretten. Er konnte sich sogar erlauben, den Lissabon-Vertrag parlamentarisch ratifizieren zu lassen, ohne dass es Protest dagegen gab. Anders als Sarkozy kann sich Irlands Premier Brian Cowen nicht auf den Zauber eines

politischen Neuanfangs stützen. Zudem wird er von den EU-Partnern unter größeren Zeitdruck gesetzt.

Gerade wenn die Verhandlungen auf EU-Ebene Ende 2008 ernst werden, dürfte sich die innenpolitische Situation in Irland weiter anspannen. Die Konjunkturaussichten sind denkbar schlecht: Bereits in diesem Jahr dürfte die Wirtschaft in eine Rezession abrutschen, die sich 2009 fortsetzt. Die Arbeitslosigkeit nimmt bereits seit einem Jahr zu. Es ist gut möglich, dass Cowen wegen einbrechender Staatseinnahmen Steuererhöhungen ins Spiel bringen muss, wenn am Jahresende der Haushalt 2009 verhandelt wird.

Dennoch könnte das Haushaltsdefizit über drei Prozent der Wirtschaftsleistung klettern, Irland den europäischen Stabilitätspakt brechen und damit eine Rüge aus Brüssel provozieren. Zudem steht voraussichtlich im Juni 2009 mit den Kommunalwahlen in ganz Irland ein wichtiger Stimmungstest an. All das ist kein günstiges Umfeld für eine erneute Volksabstimmung.

Für Frankreichs Ratsvorsitz bedeutet die brisante Lage, dass Sarkozy nicht nur große diplomatische Vorsicht gegenüber Irland einsetzen muss. Er muss auch seine europapolitischen Ambitionen gerade in den Bereichen zurückschrauben, in denen er neue Impulse setzen wollte. Andernfalls spielt er den irischen Vertragsgegnern in die Hände.

Formal betrachtet sind die Neuregelungen des Lissabon-Vertrags zwar für kaum ein Projekt der französischen EU-Präsidentschaft zwingende Voraussetzung. Die Klima- und Energiepolitik wird kaum betroffen sein, ebenso wenig der geplante Pakt für Immigration. Der Startschuss für die Mittelmeerunion kam bereits Mitte Juli, unbelastet vom irischen Negativvotum.

Doch bei einer Priorität Sarkozys ist sein politischer Handlungsspielraum begrenzt: in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Iren sorgen sich um ihre Souveränität und militärische Neutralität. Sie stehen neuen Initiativen skeptisch gegenüber und sehen auch die Neuerungen des Lissabon-Vertrags als Bedrohung. Dies dürfte bedauerlicher Weise im laufenden Halbjahr ausführliche Strategiedebatten zur Aktualisierung der Europäischen Sicherheitsstrategie vereiteln und Fortschritte beim Ausbau der verteidigungspolitischen Kapazitäten erschweren.

Auch die dringend notwendige Diskussion um die Zukunft der EU-Ausgabenpolitik und die sozialpolitischen Vorstöße Frankreichs müssen politisch unambitioniert ausfallen, sollen sie Irlands Öffentlichkeit nicht verschrecken. Finanzministerin Christine Lagarde dürfte nicht mehr bereit sein, den Vorstoß der EU-Kommission für eine einheitliche Bemessungsgrundlage der Unternehmenssteuern voranzutreiben. Die Furcht vor zu viel Harmonisierung und einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit war immerhin ein Kernargument der irischen Lissabon-Gegner.

Daniela Schwarzer leitet die Forschungsgruppe EU-Integration der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.